

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 10. Februar 1885.

№ 17.

## Vor der Entscheidung.

Die deutsche Colonialpolitik, welche von der wachsenden Begeisterung des Volkes getragen ist, hat vornehmlich mit zwei Hindernissen zu kämpfen: einmal mit der schlecht verborgenen Mißgunst Englands, welches der „Landratte von Bitter“, als die wir ihm erscheinen, hier und da in den Weg tritt, ihr zuzukommen oder auch sie zu verdrängen sucht; sodann mit den Freisinnigen und Ultramontanen des Reichstags, welche die Colonialpolitik nur unter dem Gesichtswinkel eines zur Bekämpfung der Regierung vortrefflich zu verwerthenden Objectes betrachten und mit ihrem ablehnenden Verhalten der Regierung nur eine Quittung für ihr, diesen Parteien unbequemes Verhalten auf anderen politischen Gebieten ertheilen wollen.

Aus den sog. „Weißbüchern“ ersehen wir, daß England eine gewisse Genugthuung empfinden würde, wenn Deutschland den eben erst betretenen Pfad der Colonialpolitik verlassen würde. Ebenso geht aber auch aus den „Weißbüchern“ hervor, daß wir hierzu nach Lage der Dinge gar nicht mehr im Stande sind, wenn wir damit nicht schwerwiegende Interessen preisgeben wollten. Für uns ist die Colonialpolitik nicht ein Sport, dem wir uns zugeivandt haben, und dem man, wenn es anders nicht geht, wieder entsagen kann, sondern eine geschichtliche Nothwendigkeit, die sich uns trotz langen Widerstrebens aufgedrängt hat. Unsere Industrie bedarf — bei der immer stärker werdenden Production aller civilisirten Länder — neuer Absatzmärkte, unser Handel — bei dem Uebelwollen, dem er sich oft in überseeischen Ländern ausgesetzt sah, — eines kräftigen unmittelbaren Schutzes durch das Reich; das Reich hinwiederum ist sich und seiner Weltstellung schuldig, nicht nur diesen wirthschaftlichen Bedürfnissen gerecht zu werden, sondern auch dem gerade jetzt wieder erwachenden Wettbewerb um die Ausbreitung der Cultur in uncivilisirten Ländern nicht müßig zuzuschauen, sondern sich daran thätig zu betheiligen. Das ist Alles so klar, daß man getrost behaupten kann, es giebt kaum einen Deutschen, der nicht volles Verständniß dafür habe. Die deutsche Nation hat denn auch unzweideutige Beweise dafür abgelegt, daß sie voll und ganz für die Colonialpolitik eintritt.

Selbst den Freisinnigen und Ultramontanen dürfte das Verständniß hierfür nicht abgehen. Wenn sie trotzdem der Colonialpolitik vorzugsweise zögernd, mäkelnd, kritisirend und verneinend gegenüberstehen, so ist dies nur aus der Gesamtstellung zu erklären, die sie der Regierung gegenüber einnehmen. Für sie ist das Bedürfniß, eine Politik der Hindernisse zu treiben, größer als das Bedürfniß, die in der Colonialpolitik liegenden nationalen Interessen zu fördern; sie glauben, durch eine offene oder versteckte Opposition dagegen ein besseres Geschäft machen und schneller zu dem Ziel ihrer fraktionspolitischen Wünsche kommen zu können, als indem sie die Colonialpolitik und somit indirekt die Regierung unterstützen. Daher die Verschleppung, Verstückelung und Ablehnung der Dampfervorlage in der Kommission, daher die Ablehnung des zweiten Direktors im Auswärtigen Amt und der neuen Konsulate und Generalkonsulate, daher das Nörgeln über die staatsrechtliche Stellung unserer Colonien, daher das Hinundherzerren an der Colonialpolitik durch das Aufwerfen der Frage, ob sie nicht bereits aus ihrem ursprünglichen Rahmen herausgetreten sei.

Ein derartiges Verhalten dürfte aber schließlich weniger der Colonialpolitik schaden, als vielmehr gerade den Fraktionsinteressen, denen zu Liebe man sich dazu entschlossen hat. Das Volk läßt sich in die diplomatischen Operationen einer Fraktionspolitik nicht hineinziehen; es will offene und ehrliche Unterstützung einer Politik, in welcher — wie die Nat. Ztg. sagt — neben dem materiellen Interesse auch die Ehre des Reiches engagirt ist. Das

Blatt beschwört die „Freisinnigen“ „um des Liberalismus, um seines ferneren Einflusses auf das deutsche öffentliche Leben willen“, von ihrem negativen Verhalten abzulassen; es warnt sie vor einem „Partei-Selbstmord“ und hält ihr Verfahren dazu geeignet, „sich politisch zu Grunde zu richten.“ In der Hand der „Freisinnigen“ liegt jetzt die Entscheidung. Wir wollen sehen, ob sie so klug sein werden, den Ermahnungen der Nat. Ztg. Gehör zu geben. Thun sie es nicht, so läßt sich allerdings wohl mit jenem Blatte erwarten, daß das Volk über sie für immer den Stab brechen wird.

## Der Landwirthschaftsrath und die Kornzölle.

Der deutsche Landwirthschaftsrath hat den freisinnigen Blättern einen rechten Strich durch die Rechnung gemacht. Letztere haben sich bekanntlich neulich auf seinen Jahresbericht, in welchem die Schwierigkeit der Concurrenz der deutschen Landwirthschaft mit dem Auslande hervorgehoben und den Landwirthen die Erzeugung edlerer Producte anempfohlen wurde, berufen und darin den Beweis erblickt, daß der Landwirthschaftsrath nichts von Getreidezöllen wissen wolle. Wir haben hierauf bereits bemerkt, daß den Landwirthen die Erzeugung edlerer Producte, eine intensivere Cultur und Meliorationen aller Art nur möglich sein würden, wenn sie das dazu nöthige Geld hätten, und daß sie hierzu vor Allem durch Getreidezölle kommen würden, daß mithin die Empfehlung intensiverer Cultur seitens des Landwirthschaftsraths keineswegs das Verlangen nach Getreidezöllen ausschließt. Jetzt hat nun der in diesen Tagen in Berlin versammelt gewesene Landwirthschaftsrath diese unsere Ansicht bestätigt und sich fast einstimmig direct für die Erhöhung der Getreidezölle ausgesprochen.

Das war auch wohl von vornherein nicht anders zu erwarten. Der Landwirthschaftsrath ist eine Gesamt-Vertretung der landwirthschaftlichen Vereine von ganz Deutschland, in denen die praktische landwirthschaftliche Thätigkeit Pflege und Förderung findet. Die Mitglieder des Landwirthschaftsraths müssen als Sachverständige für die landwirthschaftlichen Interessen und Bedürfnisse der Gesamtheit wie der einzelnen Gegenden, die sie vertreten, anerkannt werden. Nur eine einzige Stimme sprach sich vom abstract freihändlerischen Standpunkte gegen die Erhöhung der Getreidezölle aus, während alle übrigen Redner von der Nothlage der Landwirthschaft in allen Theilen Deutschlands und von der Nothwendigkeit, die ausländische Concurrenz durch höhere Zölle einzuschränken, beredtes Zeugniß ablegten. Die Männer des praktischen landwirthschaftlichen Lebens wiesen auf Grund ihrer reichen Erfahrungen namentlich den Einwand zurück, daß nur der Großgrundbesitz von der Erhöhung der Zölle profitieren werde. Einerseits wurde auf die Tausende von Petitionen gerade aus den Kreisen der Kleinbesitzer hingewiesen, sodann aber das Märchen, daß Besitzer von 5—6 Hectaren Ackerland nicht im Stande seien, Getreide zu verkaufen, in gebührender Weise kritisiert. Die kleinen Besitzer, selbst solche, die noch weit weniger Ackerland haben, verkaufen ohne Ausnahme Getreide. Die von der demokratischen Presse in's Feld geführten „Bauern“, die nach der mathematischen Berechnung der „Freisinnigen“ Alles nur selbst verzehren, existiren in der Wirklichkeit gar nicht. Woher sollten sie — so fragte ein Redner — sonst Geld zu Steuern, zum Arzt und anderen Bedürfnissen hernehmen? Der kleine Mann lebt doch nicht wie Robinson auf einer Insel, wo er Alles hat, sich Alles selbst macht und nichts zu bezahlen hat. Entweder verkauft er von seinen Producten etwas, um Geld zu erhalten, oder wenn er nichts verkaufen kann, muß er nebenher in der Landwirthschaft als Gehilfe bei größeren Besitzern Geld verdienen. In beiden Fällen hat er das größte